

Ernährungsfragen im Reichstags- Ausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstages begann heute die Beratung der Ernährungsfragen.

Zu Beginn der Sitzung begrüßte der Vorsitzende den neu ernannten Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich, der in seiner Erwiderung die Hoffnung auf ein gedeihliches, fruchtbares Zusammenarbeiten aussprach. Der Staatssekretär kündigte an, daß die neue Verordnung des Bundesrats über das Kriegsernährungsamt mit den Ausführungsbestimmungen in Bälde herauskommen werde.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein teilte mit, daß diese Verordnung sich bereits im Druck befinde, und machte Mitteilungen über das neue Kriegsernährungsamt. Der Präsident dieser Behörde erhalte volles Verfügungsrecht über alle im Deutschen Reich vorhandenen Lebensmittel, Rohstoffe und Futtermittel. Ihm seien 7 bis 9 beratende Mitglieder beigegeben, er entscheide aber in voller Selbständigkeit. Es handle sich also nicht um kollegiale, sondern um präsidiale Entscheidungen nach vorausgegangener kollegialer Beratung. In grundsätzlichen Fragen solle ein Beirat etwa monatlich gehört werden. Als erste Aufgabe des neuen Amtes komme die Prüfung beziehungsweise Aufhebung der Absperremaßnahmen gegen die Lebensmittel-ausfuhr aus einzelnen Bezirken in Betracht.

In der folgenden Geschäftsordnungserörterung wurde vorgeschlagen, die Beratung der Organisationsfrage einstweilen zurückzustellen und zunächst die Frage zu erörtern, was zur Sicherstellung der Volksernährung für die nächsten beiden Monate und was mit der neuen Ernte zu geschehen habe. — Staatssekretär Dr. Helfferich erachtete diesen Vorschlag für zweckmäßig, zumal die neue Organisation eine gewisse Ueberleitung brauche, bis sie wirksam werden könne.

Berichterstatter Graf Westarp führte aus, aus den vorliegenden Ziffern der Bestandsaufnahmen gehe hervor, daß wir für die nächsten Monate mit Nahrungsmitteln versorgt seien, wenn sparsam gewirtschaftet werde. Die herrschende Knappheit sei materiell und nicht so sehr eine Folge unrichtiger Organisation oder Verteilung. Ueber diese Dinge müsse offen und ohne Schen vor aller Welt gesprochen werden. Zu erwägen sei, ob der schwer arbeitenden Bevölkerung erhöhte Brotationen im bisherigen Umfange zugewiesen werden könnten. Ein Urteil über die kommende Ernte sei verfrüht, die Güte der Ernte sei erst nach ihrer Einbringung zu übersehen.

Staatssekretär Dr. Helfferich stimmte dem Berichterstatter darin zu, daß über unsere Ernährungsverhältnisse und die bestehenden Schwierigkeiten ganz offen gesprochen und keine Geheimnisträmerie getrieben werden solle. Das bewahre vor falschen Schlussfolgerungen und Hoffnungen.

Unterstaatssekretär Dr. Michaelis machte nähere

Angaben über die Getreidevorräte.

Die Nachprüfung der Brotgetreidebestände habe ergeben, daß nicht nur die für die Ueberführung in das neue Erntejahr erforderlichen 400 000 Tonnen gesichert seien, sondern darüber hinaus noch 102 000 Tonnen gesichert seien. Deshalb seien 100 000 Tonnen — 1 Million Doppelzentner — den besonders bedürftigen Bevölkerungskreisen zusätzlich zur Verfügung gestellt worden. Die Reichsgetreidestelle müsse das Brotgetreide fest in der Hand behalten; denn es sei ein teures Gut, das bis zum 15. September zu reichen habe. Der Unterstaatssekretär sprach den Kommunalverbänden und den Produzenten Dank aus dafür, daß sie bereitwillig das Angeforderte geliefert haben.

Redner der Nationalliberalen und des Zentrums wünschten, daß Waldarbeitern, Berg-, Hütten- und Walzwerk-Arbeitern die erhöhte Brotportion belassen beziehungsweise gegeben werde. — Unterstaatssekretär Dr. Michaelis stellte dies in Aussicht und fügte hinzu, es werde auch möglich sein, den Landarbeitern für die Erntezeit die erhöhte Ration zuzuwenden.

Ein volksparteilicher Redner betonte, daß viel Mißstimmung vermieden worden wäre, wenn man nicht von vornherein die Fiktion aufrechterhalten hätte, die deutsche Landwirtschaft könne ausreichend das deutsche Volk ernähren. Die Ueberschüsse sollten nicht zu sehr verzettelt werden. Im Beirat seien die Preiserhöhungen nicht gebilligt worden, der Redner fragte, ob sie irgendwelchen Einfluß auf die schnellere Ablieferung gehabt hätten. Das aus dem Auslande hereinkommende Mehl sollte man der Heeresverwaltung zur Verfügung stellen, dann würde keine Verwirrung eintreten. Unterstaatssekretär Michaelis erwiderte, daß die Preiserhöhung eine Verdoppelung der täglichen Vieferung für die Zeit vom 15. Januar bis 15. April herbeigeführt habe. Ein Sozialdemokrat begrüßt die bessere Versorgung der Schwerarbeitenden, wünscht bessere Verteilung der Graupen- und Gerstbestände und zwar von der Zentrale aus, nicht durch die Gemeinden allein. Es sollte versucht werden, die Kartoffelbestände für die weitere Brotstreckung freizumachen. Die Preiserhöhung habe nicht allein die schnellere Ablieferung bewirkt. Der Redner fragt, wie sie auf die Haferablieferung eingewirkt habe. Anzeigen über Lebensmittel sollten nicht unterdrückt werden, sondern man sollte die hierdurch zutage tretenden Bestände beschlagnahmen.

Ein konservativer Abgeordneter polemisiert gegen die volksparteiliche Bemerkung über die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft. Wenn man meine, daß die Landwirtschaft das Volk noch nicht ausreichend versorgen könne, so sollte man sie in die Lage bringen, noch mehr zu produzieren.